



Presseschau vom 03.07.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, cassad.net*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Knapp ein Jahr nach dem mutmaßlichen Abschuss der malaysischen Passagiermaschine über der Ostukraine haben die niederländischen Ermittler ihren vorläufigen Bericht zu den Ursachen der Katastrophe mit 298 Toten den beteiligten Ländern vorgelegt. Nach Angaben der russischen Luftfahrtbehörde enthält der noch geheime Bericht mehr Fragen als Antworten.

Der Untersuchungsrat für Sicherheit in Den Haag hat am Mittwoch den Entwurf den an den Ermittlungen beteiligten Staaten (Niederlande, Malaysia, USA, Russland, Großbritannien, Australien) vorgelegt. Diese haben laut den Normen der Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) 60 Tage Zeit, um das Papier zu kommentieren.

„Wir haben den Entwurf des endgültigen Berichts erhalten“, bestätigte Oleg Stortschewoj, Vizechef der russischen Luftfahrtbehörde Rosawiazija, am Donnerstag. „Ich kann nur eins sagen: Da gibt es mehr Fragen als Antworten.“ Die russischen Experten haben „eine ganze Reihe wichtiger Bemerkungen“ zu der Argumentation, auf die sich der Bericht stützt, und zu den technischen Daten.

„Wir fassen sie jetzt zusammen und werden sie in den nächsten Tagen an die Niederlande schicken. Wir hoffen, dass unsere Ergänzungen und Kommentare im Endbericht ihren Niederschlag finden werden und dass unsere Fragen beantwortet werden“. Laut Stortschewoj hat Russland – anders als in den ICAO-Normen vorgesehen – nicht 60, sondern nur 30 Tage, um seine Kommentare abzugeben.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli vergangenen Jahres im umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der Verkehrsmaschine, die von Amsterdam nach Malaysia unterwegs war, kamen ums Leben. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner erbitterte Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen werfen sich

gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben.

Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Ermittlungen. Im September veröffentlichten sie einen Zwischenbericht zu der Katastrophe. Darin hieß es, dass die Passagiermaschine der Malaysia Airlines „von einer Vielzahl hochenergetischer Objekte“ getroffen worden und in der Luft auseinandergebrochen sei. Konkrete Schuldzuweisungen enthielt der Zwischenbericht nicht.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Mark Bartalmay: deutschsprachige Nachrichten vom Ukrainekonflikt vom 02.07.15

https://youtu.be/hMHCUzX_FRQ

De.sputniknews.com: Der Krieg im Donezbecken habe zur Folge, dass Waffen und Munition an die Kriminalität fließen, sagte Poroschenko am Donnerstag in einer Sicherheitsberatung in der westlichen Region Lwiw (Lemberg).

Laut dem Staatschef verkleiden sich Kriminelle immer öfter als Soldaten der Freiwilligenbataillone, um Straftaten zu begehen. Insbesondere bei Schwerverbrechen wie Terrorismus, Mord, Geiselnahme und Kidnapping sei ein bedeutender Zuwachs zu verzeichnen.

Zugleich gäbe es bei der Bekämpfung der Korruption kaum Fortschritte, sagte Poroschenko nach Angaben seines Presseamtes. „Man kann zwar nicht sagen, dass sich nichts geändert hat. Doch ist der Nutzeffekt sehr gering.“ Der Kampf gegen die Korruption laufe immer öfter auf „PR-Aktionen und Schlammschlachten“ hinaus, so der Präsident. Die Behörden gingen unkoordiniert vor.

Poroschenko hatte Ende Juli den Chef des Geheimdienstes SBU Valentin Naliwajtschenko und dessen Stellvertreter entlassen. Ukrainische Medien mutmaßen, dass die Korruption im SBU und die Präsidenten-Ambitionen Naliwajtschenkos die Hauptgründe für seine Entlassung waren. Ein Ex-Berater des gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch, sprach jedoch von einem Machtkampf unter den Hauptakteuren der „Maidan-Revolution“ von 2014. Der Schokoladenfabrikant und Milliardär Poroschenko (49) hatte im Juni 2014 das Amt des ukrainischen Präsidenten angetreten. Im Wahlkampf hatte er versprochen, den Militärkonflikt im Donezbecken schnell zu beenden, die wuchernde Korruption zu bekämpfen sowie die Lebensqualität der Ukrainer zu verbessern und einen EU-Beitritt zu erreichen.

Unterdessen steuert die Ukraine auf den Staatsbankrott zu. Die aktuelle Staatsverschuldung des Landes, das 2014 einen Staatsstreich erlebt hat, wird auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt, was 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Die Nationalbank in Kiew erwartet, dass der Schuldenberg noch in diesem Jahr 93 Prozent des BIP erreichen wird.

De.sputniknews.com: Die neue ukrainische Verfassung, die Präsident Petro Poroschenko am Mittwoch dem Parlament vorgelegt hat, setzt sich nach Angaben des russischen OSZE-Botschafters Andrej Kelin über die Friedensvereinbarungen mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hinweg.

„Er (der Entwurf) entspricht nicht den Minsker Abkommen“, kommentierte Kelin. Davon könne sich jeder überzeugen, wenn er die Novellen zum ukrainischen Grundgesetz mit dem Text der Minsker Abkommen vergleiche.

Der Friedensplan, den die Kiewer Regierung und die ostukrainischen Milizen in der weißrussischen Hauptstadt vereinbart haben, „beinhaltet unter anderem die Aufstellung der östlichen Polizei, den Schutz der russischen Sprache und viele andere Punkte, die bei den Gesprächen im März vereinbart und in die Minsker Abkommen aufgenommen wurden“, sagte der Diplomat am Donnerstag dem Radiosender Kommersant FM. „Sie alle finden (im

Entwurf) keinen Niederschlag.“

Poroschenko hatte am Mittwoch den Entwurf einer neuen Verfassung im Parlament eingebracht. Die geplanten Änderungen am Grundgesetz beinhalten trotz früherer Versprechungen keinen Sonderstatus für die abtrünnigen Industriegebiete Donezk und Lugansk. Die Verfassungsreform war einer Eckpunkte des Friedensplans, den die Konfliktgegner in der Ukraine im Februar in Minsk unter Vermittlung Deutschlands, Frankreichs und Russlands vereinbart hatten, um den seit April 2014 andauernden Konflikt im Donezbecken zu beenden.

Vormittags:

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 35 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Angaben des Ministeriums wurden auf das Territorium der Republik 15 Artilleriegeschosse, 277 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm geschossen, außerdem wurden Antipanzerverwaffen, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Beschossen wurden Spartak, Gorlowka, Schirokino, Kalinowka, Nabereshnoje, Wasiljewka, Sachanka, Krasnyj Partisan, Donezk (das Gebiet des Flughafens und der Kujbyschewskij-Bezirk).

De.sputniknews.com: Die ausländischen Gläubiger sollen der Ukraine laut Energieminister Wladimir Demtschischin einen neuen Kredit geben, damit das finanziell angeschlagene Land sich im kommenden Winter mit russischem Erdgas versorgen kann. Die bereits zugesagten 40 Milliarden Dollar reichen dafür nicht aus.

Den Vorschlag der EU-Kommission, die Gasimporte aus dem bereits laufenden Kreditprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu finanzieren, lehnt Kiew ab. „Sie (Europäer – Red.) wollen, dass das aus den bestehenden Programmen (des IWF finanziert wird – Red.)“, sagte Demtschischin am Donnerstag in Kiew. „Wir sagen, dass wir zusätzliches Geld benötigen.“ Laut dem Minister sind alle zugesagten IWF-Gelder bereits für die Reserven und andere Zwecke geplant. Der neue Kredit sollte ein Volumen von ein bis 1,5 Milliarden US-Dollar haben, sagte Demtschischin. „Ich denke, das ist der Umfang, den wir besprechen werden.“

Der IWF hatte im März ein neues Rettungsprogramm für die Ukraine abgesegnet. In vier Jahren soll das vom Staatsbankrott bedrohte Land von internationalen Gläubigern insgesamt 40 Milliarden US-Dollar bekommen, darunter 17,5 Milliarden vom IWF.

Trotz der Finanzspritzen steuert die Ukraine weiter auf den Staatsbankrott zu. Im Juni wurde die Staatsverschuldung des Landes, das 2014 einen Staatsstreich erlebt hat, auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt, was 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachte. Damit war die kritische Grenze von 60 Prozent längst überschritten. Die Nationalbank in Kiew erwartet, dass der Schuldenberg noch in diesem Jahr 93 Prozent des BIP erreichen wird.

Am gestrigen Mittwoch kündigte die Ukraine an, den Gasimport aus Russland zu stoppen. Davor konnten sich die beiden Länder bei Verhandlungen unter EU-Vermittlung in Wien nicht auf neue Lieferbedingungen einigen. Russland hatte einen Rabattpreis von 247,2 US-Dollar je 1000 Kubikmeter Gas angeboten. Die Ukraine lehnte dies ab und forderte noch stärkere

Preisnachlässe. Der russische Energiekonzern Gazprom bestätigte am Mittwoch, die Lieferungen seien eingestellt worden, weil die Ukraine die Vorausrechnung nicht bezahlt hat. Gazprom liefert an die Ukraine seit dem vergangenen Jahr gegen Vorkasse, weil Kiew davor die Rechnungen monatelang nicht mehr bezahlt und Schulden in Höhe von mehr als fünf Milliarden US-Dollar angehäuft hatte.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünf mal das Regime der Feueereinstellung verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit:
Beschossen wurden Perwomajsk, Shelobok (zwei Verletzte), das Gebiet um das Denkmal des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja und Sokolniki.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat die Weltgemeinschaft aufgefordert, eine neue Sanktionswelle gegen Russland in Betracht zu ziehen, wenn sich der Konflikt im Donbass verschärfen sollte, teilte sein Pressedienst am Freitag mit.

Darüber hatte er am Vortag bei seinem Treffen mit einer Delegation des US-Kongresses gesprochen, die in den kommenden Tagen an der parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in EUROPA (OSZE) in Helsinki teilnimmt. „Wir brauchen einen effektiven und abgestimmten Plan für den Fall, dass die Minsker Vereinbarungen scheitern“, sagte Poroschenko. „Es handelt sich um eine neue Sanktionswelle, nämlich um ein gut abgestimmtes Vorgehen.“ Russland müsse „den Tod von Ukrainern und die Besetzung der Ukraine“ verantworten.

Kiew und der Westen werfen Russland vor, sich in den Ukraine-Konflikt einzumischen und im Grenzgebiet zur Ukraine massenhaft Truppen und Kriegsgerät zusammenzuziehen. Moskau betonte mehrmals, dass alle Anschuldigungen einer Verwicklung in der Ostukraine beweislos seien.

Die internationalen Inspektionen stellten keine Verstöße russischerseits an der Grenze zur Ukraine fest – darunter auch keine nicht angekündigten militärischen Aktivitäten.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30303/64/303036470.jpg>

Nachmittags_

De.sputniknews.com: Russland kostet es viel Mühe, die ostukrainischen Gebiete Lugansk und Donezk (Region Donbass) weiter davon zu überzeugen, dass ihr Verbleib im Bestand der Ukraine zweckmäßig ist, wie die offizielle Webseite des Außenministeriums in Moskau den russischen OSZE-Botschafter Andrej Kelin zitiert.

„Unser wichtigstes Argument ist, dass die Bevölkerung dieser Regionen bei einer gewissenhaften Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ohnehin verfassungsrechtliche und materielle Garantien für die Wahrung ihrer Rechte erhalten wird. Dies muss den sozialwirtschaftlichen, kulturellen und den Sprachbereich sowie die Sicherheit umfassen, darunter den Schutz vor nationalistischen Gruppierungen, die immer noch bewaffnet sind und unkontrolliert agieren“, betonte der Diplomat.

„Bedauerlicherweise untergraben Kiews einseitige Handlungen, nämlich der Versuch, die Verfassungsreform ohne Konsultationen mit Donezk und Lugansk durchzuführen, die fehlende Bereitschaft, das Gesetz über einen Sonderstatus für diese Region und das Amnestiegesetz in Kraft zu setzen, der andauernde Beschuss von Wohnvierteln und besonders die totale Blockade die Überzeugungskraft dieser Argumente“, sagte Kelin.

Somit stieß die Ukraine mit eigenen Händen ihre eigene Region und ihre Bürger ab, unterstrich der Diplomat. Außerdem bezeichnete er die Einhaltung einer vollständigen Waffenruhe und den Abzug von schweren Waffen von der Trennlinie als vorrangig.

Mittlerweile berichte die Sonderbeobachtermission der OSZE von pessimistischeren Stimmungen in der Region und der Erwartung einer weiteren militärischen Eskalation.

„Unter den ukrainischen Militärs gilt die Praxis, die an den Kampfhandlungen unmittelbar teilgenommenen Soldaten zusätzlich zu besolden. Als Beweis müssen abgeschossene Hülsen gezeigt werden. Es liegt auf der Hand, wohin die Geschosse fliegen.“

Ein weiteres besorgniserregendes Zeichen ist laut Kelin die jüngste Erklärung des ukrainischen Generalstabschefs Viktor Muschenko, wonach sich die Volkswehr auf eine Offensive vorbereitet haben soll. „Solchen Behauptungen folgen in der Regel bewaffnete Provokationen der ukrainischen Seite. Wir rufen ausdrücklich auf, von unüberlegten Handlungen Abstand zu nehmen“, unterstrich der Diplomat.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30229/89/302298932.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„In der letzten Woche sind keine ernsthaften Änderungen eingetreten – es wurden 25

Beschüsse festgestellt, davon 12 nachts. In der Gesamtheit haben in der genannten Periode die ukrainischen Truppen mehr als 320 mal die Bedingungen der Feuereinstellung verletzt, das heißt mehr als 320 Geschosse wurden auf das Territorium der LVR geschossen, dies ist ohne Berücksichtigung von Beschüssen mit Maschinengewehren.“

Darunter waren auch 20 Granatgeschosse des Kalibers 120mm, die durch die Minsker Vereinbarungen verboten sind. In der Folge der Beschüsse wurden drei Soldaten der Volksmiliz verwundet.

Jaschtschenko sagte, dass wie zuvor am häufigsten Perwomajsk, Obosnoje, Slawjanoserbsk, Donezkij, Molodjoshnoje, Solotoje, Shelobok, Sheltoje, Weselaja Gora, Rajewka, Feriengebiete im Bezirk von Staniza Luganskaja und Sokolniki beschossen wurden, was die Lage in der LVR als „stabil angespannt“ charakterisiert.

„Wir verfügen über Information über die Anwesenheit von Ingenieurabteilungen auf der gegenüberliegenden Seite des Sewerskij Donez, die für den Aufbau von Pontonübergängen und die Befestigungen von Örtlichkeiten vorgesehen sind. Dieser Fakt spricht dafür, dass die ukrainische Seite den ohnehin brüchigen Waffenstillstand für die Konzentration von Truppen und die Vorbereitung von Angriffshandlungen nutzt.“

Der Oberst sagte, dass zusammen mit dem Ignorieren der Notwendigkeit von Verfassungsreformen mit der LVR durch die ukrainische Führung dieser Fakt äußerste Aufmerksamkeit hervorruft.

Gleichzeitig verfügt die Volksmiliz über Informationen, dass das ukrainische Volk nicht gegen seine Brüder kämpfen will und das Territorium der Ukraine verlässt und in den Donbass kommt.

„Während einer Woche sind einige Bürger der Ukraine, die nach der „ATO“ demobilisiert wurden, auf die Seite der LVR übergegangen und haben vor in die Milizen einzutreten, weil sie die reale Lage erkannt haben.

Dabei wies Jaschtschenko darauf hin, dass im Unterschied zu den ukrainischen Streitkräften die Armee der LVR zu 100% aus Freiwilligen besteht.

„Wir sind bereit, allen die Möglichkeit zu bieten die Interessen der Bevölkerung der Republik zu verteidigen, die in der Lage und würdig sind ein Soldat der Volksmiliz zu sein“, unterstrich der stellvertretende Leiter des Stabs.

News-front.info: Anatolij Sharij, ist ein ukrainischer Journalist, der in dieser schwierigen Zeit nach der Wahrheit sucht und als Ukrainer die ukrainischen Medien in seinen unzähligen Videos mit Beweisen als Lügner entlarvt. Weswegen er auch mit der Regierung große Probleme bekam und nach Europa fliehen musste.

Hier sein Video „Wie man die Mär von Onkel Hitler im ukrainischen Cherson präsentiert“ mit deutschen Untertiteln

<https://youtu.be/aPXAzBPJz4M>

De.sputniknews.com: iew zeigt sich regelmäßig als vertragsunfähig, Moskau bewertet diese Situation als alarmierend, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow geäußert hat.

„Die Situation ist alarmierend, weil eine Tendenz zu beobachten ist. Die jetzige ukrainische Regierung zeigt seit dem Staatsstreich regelmäßig ihre Vertragsunfähigkeit“, sagte Lawrow in einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit seinem luxemburgischen Amtskollegen Jean Asselborn in Moskau.

Luxemburg führt vom 1. Juli bis 31. Dezember 2015 den Vorsitz im EU-Rat.

Lawrow verwies darauf, dass die neue Kiewer Regierung die wichtigsten Abkommen verletzt habe – von dem Abkommen, das sie noch als Opposition mit dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch unterzeichnet hatte, bis zu den Genfer Vereinbarungen über einen politischen Dialog zur Durchführung einer Verfassungsreform.

Dan-news.info: Kommentar Sachartschenkos zur Reaktion der USA bezüglich der Wahlen in der DVR am 18. Oktober:

„Die Worte Poroschenkos und Bidens , dass die Kommunalwahlen in der DVR am 18. Oktober den Minsker Dialog gefährden, sind nicht adäquat. Der Vizepräsident der USA hat sich wahrscheinlich damit nicht so beschäftigt, wie es nötig ist. Ich bezweifle, dass er den Minsker Maßnahmekomplex überhaupt gelesen hat. Und Poroschenko verzerrt wie gewöhnlich die Fakten.

Wenn Biden tatsächlich das Schicksal der Minsker Vereinbarungen beunruhigt, so muss er Poroschenko und Grojsman zwingen sie zu erfüllen. Sie zwingen, dass sie mit der DVR die Modalitäten der Wahlen und Verfassungsänderungen abstimmen. Genau dies fordern unmittelbar die Punkte 4, 11 und 12 des Maßnahmekomplexes. Und gerade die Ukraine zerstört den Minsker Prozess, indem sie sich vor einem Dialog drückt und einseitige unannehmbar Entscheidungen vornimmt.

Wenn Biden Poroschenko nicht zum Dialog zwingt, so heißt das, dass er mit ihm unter einer Decke steckt. Und auf den USA liegt die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen und für den in diesem Fall unausweichlichen Zusammenbruch der ukrainischen Staatlichkeit.

De.sputniknews.com: Der „Rechte Sektor“ lässt am Freitag seine Schläger durch Kiews Stadtkern marschieren. Mit der Aktion wollen die ukrainischen Rechtsextremisten die Regierung zur Aufkündigung der Minsker Friedensabkommen mit den abtrünnigen Regionen Donezk und Lugansk und zur verstärkten Bewaffnung der Freiwilligenverbände bewegen. Das ukrainische Innenministerium bestätigte auf Anfrage der Nachrichtenagentur RIA Novosti, dass die Nationalisten im Zentrum von Kiew eine Massenaktion planen, weshalb mehrere Straßen für den Verkehr gesperrt würden. „Der Rechte Sektor organisiert einen Freiwilligen-Aufmarsch zu Ehren von Großführer Swjatoslaw (Swjatoslaw I.) dem Tapferen“, sagte die Sprecherin des Innenministeriums, Julija Mustasch.

Auf Facebook informierte der „Rechte Sektor“ über seine Forderungen, die während des Aufmarsches verkündet werden sollen. „Wir fordern von der Regierung, offiziell anzuerkennen, dass (im Donbass – Red.) keine Anti-Terror-Operation, sondern ein Krieg ist, von den Friedensabkommen zurückzutreten und alle Regierungsbeziehungen mit der Russischen Föderation abubrechen, alle Freiwilligenverbände mit guten Waffen, gebührenden Rechten und Sozialversorgung auszustatten, das Personal des Verteidigungsministeriums zu wechseln.“

Auch in der südöstlichen Region Saporischschja plant der Rechte Sektor einen Aufmarsch, um der „ruhmreichen Vorfahren zu gedenken und den Kampf um die große Ukraine fortzusetzen“.

Die Schläger des „Rechten Sektors“ hatten bei den Krawallen auf dem Kiewer Protestplatz Maidan, die im Februar 2014 zum Sturz des Präsidenten Viktor Janukowitsch führten, eine große Rolle gespielt. Seit dem Umsturz kämpfen die Nationalisten auf der Seite der regulären Armee gegen die Regierungsgegner im Osten der Ukraine. Im April dieses Jahres teilte die Regierung in Kiew mit, dass die Schläger des „Rechten Sektors“ bei der ukrainischen Armee als Vertragssoldaten beschäftigt würden. Nationalistenchef Dmitri Jarosch wurde zum Berater des ukrainischen Generalstabschefs.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30220/15/302201542.jpg>

De.sputniknews.com: Die ukrainische Nationalbank hat die Aussichten für die ukrainische Wirtschaft herabgesetzt. Laut dem neuen Bericht wird das Bruttoninlandsprodukt des Landes nicht um 7,5 sondern um 9,5 Prozent abstürzen, wie RIA Novosti am Freitag mitteilte....

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Am intensivsten wurde Sachanka von den Positionen des Bataillons „Asow“ unter dem Kommando von Andrej Belezkij aus mit Granatwerfern beschossen.“

„Nach Angaben unserer Aufklärung wurde in Krasnaja Poljana auf dem Territorium eines Kindergartens die Ankunft von zwei mechanisierten Trupps von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, eine Anzahl von 100 Personen, festgestellt.“

Nach den Worten Basurins bestätigt dies ein weiteres Mal, dass im Fall einer Wiederaufnahme der aktiven Kampfhandlungen „die Kommandeure der Abteilungen der ukrainischen bewaffneten Strukturen, zu ihrem eigenen Schutz versuchen, sich hinter dem Rücken der friedlichen Bevölkerung zu verstecken.“

Die ukrainischen Truppen verlagern sich aktiv um das Dorf Schirokino, das die DVR in einer Geste des guten Willens zur demilitarisierten Zone erklärt hat.

„Die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben Schirokino bisher nicht eingenommen, aber spazieren um es herum.“

De.sputniknews.com: Der Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, sieht das Ziel der westlichen Sanktionen darin, einen Regierungswechsel in Moskau herbeizuführen.

Die Sanktionen zielen darauf ab, unser Wirtschaftspotenzial zu schwächen, unsere Politik zu beeinflussen und letztendlich einen Regierungswechsel zu erreichen“, sagte Patruschew am Freitag, nach einer Sitzung des Sicherheitsrats in Moskau.

In der Ukraine-Krise hatten die USA und — auf ihr Drängen hin — die Europäische Union im vergangenen Jahr politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt.

Russland konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln. Im Juni verlängerte die EU ihre Sanktionen bis zum 31. Januar 2016.

Dan-news.info: Zwei leitende Offiziere der Verkehrspolizei der Ukraine erklärten ihren Übertritt auf die Seite der DVR, dies erklärten sie auf einer Pressekonferenz in Donezk. (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Wir sind unter den Einfluss unserer Vorgesetzten geraten, die uns den Befehl gaben Donezk zu verlassen und versprochen, dass dies für zwei Wochen sein wird. Wir sind in Mariupol gelandet. Es vergingen zwei Wochen, ein Monat, ein Jahr. In dieser Zeit haben wir unseren Fehler begriffen und deshalb haben wir uns entschlossen, nach Hause zurückzukehren, in unsere Heimatstadt, wo wir geboren, aufgewachsen sind und unser ganzes Leben gelebt haben, wo unsere Verwandten und Freunde sind“, erklärte Witalij Balbekow, ehemaliger Polizeioberstleutnant.

Nach seinen Worten hatte er die Position eines Leiters der Abteilung für Organisation des Straßenverkehrs und Straßenzustand der Staatlichen Fahrzeuginspektion des Innenministeriums der Ukraine im „Oblast Donezk“.

„Man hat uns gut aufgenommen“, erklärte seinerseits der zweite Offizier Alexej Kobsar, ehemaliger Polizeimajor, leitender Inspektor der Abteilung Organisation des Straßenverkehrs und Straßenzustand der Staatlichen Fahrzeuginspektion des Innenministeriums der Ukraine im „Oblast Donezk“.

Er erzählte, dass es ihm nur unter dem Deckmantel eines Zivilisten gelungen ist, in die DVR zu gelangen, am Checkpoint baten sie darum, sich mit Vertretern des Innenministeriums der DVR treffen zu können.

„Die Heimat ist die Heimat“, sagte Balbekow. „Überall sind wir Fremde und hier ist unser Zuhause.“

Nach den Worten Kobsars haben beide Offiziere vor der Abreise offiziell Anträge auf Entlassung gestellt. „Wir haben Anträge geschrieben. Wir sind zu zweit gefahren. In einem privaten Auto“, unterstrich er.

Auf die Frage eines Korrespondenten, ob es nicht Hindernisse bei der Entlassung gegeben hat, teilte der Ex-Polizeimajor der Ukraine mit, dass sie nicht die Unterschrift der Leitung abgewartet haben. „Wir haben sie in der Personalabteilung abgegeben und sind gefahren“, fasste er zusammen.

Die beiden Offiziere rechnen damit, dass sie ihren Dienst in den Polizeiorganen der Republik fortsetzen können.

„Wir sind hierhin mit dem Ziel gekommen, dass wir weiterhin unserem Volk dienen können, unserer Stadt“, erklärte Balbekow.

Der Offizier fügte hinzu, dass sie sich bereits mit einer entsprechenden Bitte an das Innenministerium der DVR gewandt hätten. „Wir haben die Leitung darum gebeten, ich hoffe, dass man uns entgegenkommt. Auf jeden Fall hat man uns das versprochen“, sagte er.

Die Situation bezüglich der Korruption im ukrainischen Rechtssystem ist auf dem früheren Niveau geblieben, erklärte Witalij Balbekow.

„Wir haben ein Jahr auf dem von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorium Dienst getan, die Situation mit der Korruption und Bestechlichkeit hat sich dort nicht geändert. Auf dem früheren Niveau sind auch die Arbeitsentgelte geblieben, obwohl die ukrainische Regierung versprochen hat, diese „deutlich zu erhöhen“.

Mitarbeiter des Innenministeriums der Ukraine, die auf dem okkupierten Territorium der Republik arbeiten, aber zuvor in Donezk leben, wollen in die Heimat zurückkehren, sagte Witalij Balbekow.

„Es gibt solche Menschen bei den Mitarbeitern der Verkehrspolizei, die zurückkehren wollen. Die Frage besteht nur darin, dass sie Angst haben.“

Abends:

Abkommen das schwere Kriegsgerät aus dem Frontgebiet in der von Kiew abtrünnigen Kohleindustrie-Region Donbass nicht abgezogen zu haben. In den letzten Wochen hätten Beobachter und Drohnen der OSZE-Beobachtungsmission schwere Waffen in den Gebieten registriert, die von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, teilte der stellvertretende OSZE-Missionschef Alexander Hug am Freitag in Mariupol mit. Das sei ein Verstoß gegen die Vereinbarungen. Nach Angaben der Beobachter verlegte die Ukraine schwere Waffen entlang der Frontlinie nach Süden. Am 23. Juni habe eine Drohne einen Schützenpanzerkonvoi registriert...

De.sputniknews.com: Die Anhänger der rechtsextremen Bewegung „Rechter Sektor“ haben bei ihrem Aufmarsch in Kiew von der Regierung eine neue militärische Offensive gegen die abtrünnigen östlichen Industrie-Regionen Donezk und Lugansk gefordert. Im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt brennen am Freitag wieder Autoreifen. Hunderte Rechtsradikale sind am Freitagabend durch den Kiewer Startkern gezogen. Sie marschierten am Regierungsviertel vorbei und riefen vor dem Präsidialamt, dem Parlament und dem Regierungssitz nationalistische und antirussische Parolen und forderten eine neue „Revolution“, wie ein Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Novosti vor Ort berichtet. Nach dem Aufmarsch begann vor dem Dynamo-Stadion im Zentrum der Hauptstadt eine Demo.

Dort setzten die Nationalisten Autoreifen in Brand. Redner forderten unter anderem eine neue Offensive der Regierungstruppen gegen Donezk und Lugansk. An der Kundgebung nehmen etwa 1500 Menschen teil. Polizei und Sicherheitskräfte sind nicht zu sehen.

<https://youtu.be/W0P8jfaT9ks>

unian.ua: Marsch der Freiwilligenbataillone im Zentrum von Kiew (Fotoreportage)



http://images.unian.net/photos/2015_07/thumb_files/620_400_1435941611-7467.jpeg



http://images.unian.net/photos/2015_07/thumb_files/620_400_1435941611-1650.png



http://images.unian.net/photos/2015_07/thumb_files/620_400_1435942042-3083.jpeg